

Altersserie

Warum sich Winterthurs Senioren pudelwohl fühlen

SEITE 12

Freiheit für Kühe und Kälber

Der erste neue Laufstall in den städtischen Bauernhöfen ist fertig

SEITE 13

Ein Wunschkonzert

Christoph Irniger kommt mit seinem Trio in die Esse

SEITE 14



Grüne Tupfer für die Asphaltwüste

Rund um den Bahnhof kann weiter betoniert und asphaltiert werden. Das Geld dafür hat der Gemeinderat bewilligt, doch eine Mehrheit vermisst auf den neuen Plätzen Bäume und Schatten.

DAVID HERTER

Viel zu beschliessen hatte der Gemeinderat gestern nicht mehr. Den Grundsatzentscheid für die Aufwertung des öffentlichen Raumes um den Bahnhof hat das Volk nämlich bereits 2009 gefällt, als es Ja sagte zum 84-Millionen-Kredit für den Masterplan Bahnhof. Am Gemeinderat war es lediglich noch, das Geld für die nächste Bauetappe freizugeben, 27 Millionen Franken für die

neue Fussgänger- und Velounterführung zwischen Coop City und Neuwiesenzentrum sowie für zwei Plätze über der Zürcherstrasse entlang der Geleise.

Die Bürgerlichen zeigten sich zwar nicht begeistert, für eine «bessere Velounterführung» derart viel Geld auszugeben. Den Volksentscheid mochten sie jedoch nicht in Frage stellen. Selbst die SVP sagte «zähneknirschend» Ja zur zweiten Etappe der Gleisquerung und lehnt wie der gesamte Rat einen

Rückweisungsantrag von Pirat Marc Wäckerlin ab. Die Planungen seien zu weit fortgeschritten, um die Übung noch abzubrechen, sagte Daniel Oswald (SVP). «Wenn wir jetzt umbauen, kommt es am Schluss teurer.»

Erfolg hatte ein Antrag der Grünliberalen. Auf dem bereits fertiggestellten Bahnhofplatz Süd habe es nirgends auch nur ein wenig Grün, dafür sehr viel Asphalt, stellte Beat Meier fest und war damit nicht alleine. Auch die Grünen wünschten sich Schatten für Sitzbänke und die EVP vermisste Grünflächen. Selbst für die CVP ist in Sachen Bepflanzung «der letzte Ratschluss nicht gefunden». Meier verlangte dar-

um, die Plätze vor den Aufgängen der neuen Unterführung seien um Bäume und Beschattung zu ergänzen – falls dies ohne Verteuerung und Verzögerung der Bauarbeiten möglich sei.

«Nur Flachwurzler möglich»

Bauvorsteherin Pearl Pedernana mochte sich diesem Wunsch nicht entgegenstellen. Sie machte aber darauf aufmerksam, dass der Raum knapp sei und eine stärkere Bepflanzung nur auf Kosten anderer Interessen erfolgen könne. Bäume allerdings kämen dafür kaum in Frage, weil der Platz für Wurzeln fehle. Pflanzen liessen sich wahrscheinlich nur «Flachwurzler».

AUSSERDEM IM RAT

Warten auf Biorender

Mittels einer von den Bürgerlichen und der GLP überwiesenen Dringlichen Interpellation forderte Gemeinderat und Stadtratskandidat Josef Lisibach (SVP) Auskunft von Werkvorstand Matthias Gfeller (Grüne). Warum die Biorender AG ihre Bilanz noch nicht deponiert habe, wollte Lisibach wissen. Gfeller habe doch in der letzten Ratsitzung das Deponieren der Bilanz für den 29. August angekündigt. Diese Aussage habe er sicherlich nicht so gemacht, konterte Gfeller. Er habe lediglich mitgeteilt, der Verwaltungsrat von Biorender werde das Thema an seiner nächsten Sitzung traktandieren. Gfeller teilte dem Rat mit, er werde aus «aktienrechtlichen Gründen» die Fragen Lisibachs schriftlich beantworten.

Sozialbehörde teilt Aufgaben

Die ehemalige Fürsorgebehörde heisst nun Sozialhilfebehörde und wird nur noch strategische Aufgaben übernehmen. Die Angestellten der Sozialen Dienste entscheiden neu alleine über die Vergabe von Sozialhilfe. Mit dieser Aufgabentrennung soll die Behörde entlastet werden. Die dafür notwendige Änderung der Gemeindeordnung sowie die Anpassung der Geschäftsordnung wurden vom Gemeinderat beschlossen. Letztere gab im Parlament viel zu reden, wollte doch die FDP eine Formulierung verankern, die der Behörde in einzelnen Fällen ein Mitspracherecht eingeräumt hätte. Unterstützt wurden die Freisinnigen von der SVP. Ihr Argument: Mit dem Mitspracherecht könne dem Missbrauch von Sozialhilfegeldern vorgebeugt werden. Die CVP lehnte die Reorganisation komplett ab, weil sich damit keine Kosten sparen liessen. SP, GLP und EVP stimmten für die Reorganisation. Über die Änderung der Gemeindeordnung wird noch das Volk abstimmen.

Zeughausareal umgezogen

Der Teil des Zeughausareals, der im städtischen Besitz ist, gehört nicht länger zur Zone der öffentlichen Bauten, sondern zur Gewerbezone. Auf dem Areal soll ein «Zentrum für angewandte Nachhaltigkeit» entstehen.

Datenschutz präzisiert

Einstimmig beschlossen wurde die Anpassung der Verordnung über die Bearbeitung von geschützten Personendaten. Diese regelt den Umgang der Stadtverwaltung mit heiklen Daten und deren Weitergabe für interne und externe Zwecke. Grundlage ist das kantonale Gesetz über die Information und den Datenschutz. (nak/dh)



Mit Plätzen über der Zürcherstrasse und direkten Verbindungen für Fussgänger und Velofahrer sollen die Altstadt und das Sulzer-Areal Stadtmittte besser verbunden werden. Bild: pd

SPLITTER & SPÄNE

Bei Abstimmungen bittet Präsidentin **Christa Benz-Meier (SP)** jeweils Befürworter und Gegner einer Vorlage, ihre Hände zu heben. Bei der Abstimmung über die Fürsorgebehörde hielt auch ein Herr im Publikum den Arm hoch. «Stimmberechtigt sind nur die Gemeinderäte», wies ihn Benz-Meier auf seinen Fehler hin.

Das «et cetera» sei aus dem Gesetzestext über Personendaten zu entfernen, sagte Gemeinderat und Oberjugendanwalt **Silvio Stierli (SP)**. Ein «etc.» lasse zu viel offen, sagte er und bewies dies gleich mit dem kürzesten Strafgesetzbuch aller Zeiten: «Diebstahl etc. sind verboten.» (dh)

Frühförderung wird zur Regel

Trotz Spardruck wird die Stadt auch in Zukunft sozial benachteiligte Kinder fördern. Das Parlament bewilligte gestern einen wiederkehrenden Kredit.

NADINE KLOPFENSTEIN

Nur die SVP wollte bei der gestrigen Sitzung im Gemeinderat den Rotstift ansetzen, als es darum ging auch in Zukunft sozial benachteiligte Kinder mit einem jährlich wiederkehrenden Kredit von 350'000 Franken zu fördern. «In Zeiten, wo überall gespart wird, sollte das auch hier der Fall sein», sagte Josef

Lisibach. Damit begründete die SVP den Antrag auf eine Kürzung des Frühförderkredits um 28'000 Franken auf 322'000 Franken. Zudem forderte die Partei eine Befristung des Kredits bis 2015. Erst dann stehe fest, ob der Kanton auch weiterhin Gelder für die Frühförderung spreche, ohne die das Angebot nicht finanziert werden könne.

Auch die Freisinnigen hatten Bedenken, die Stadt könnte mit einem unbefristeten Kredit in die Kostenfalle tapen, wollten aber einer Kürzung nicht zustimmen. «Wenn der Kanton ab 2015 nichts mehr zahlt, wird die Stadt ihren Anteil aufstocken, weil sie einen Leistungsabbau vermeiden will», sagte

Christoph Magnusson von der FDP. Dies sei bereits jetzt der Fall, verlange die Stadt doch einen grösseren Kredit als ursprünglich gedacht. Die CVP schloss sich dieser Haltung an, betonte aber, je früher ein Kind gefördert werde, desto grösser sei die Chance, dass es sich später bewähre.

Nicht bei der Bildung sparen

Die Grünliberalen hingegen hatten keinerlei Bedenken, die Stadt trete mit einem unbefristeten Frühförderkredit in die Kostenfalle. «Fallen Drittgelder weg, muss die Stadt ihr Angebot anpassen», sagte Martin Zehnder. Vom Frühförderangebot restlos überzeugt, zeig-

ten sich die Sozialdemokraten, die Grünen und die Piratenpartei. «Frühförderung gehört zum städtischen Angebot dazu wie die Schule», sagte Selina Madianos (SP). Die Grünen schlossen sich dieser Haltung an. Selbst der Pirat Marc Wäckerlin, der sich zuvor für ein strikteres Sparen ausgesprochen hatte, unterstützte das Frühförderangebot: «Hier darf im Gegensatz zu Bauprojekten nicht gespart werden.»

Die Mehrheit im Parlament bewilligte gestern einen jährlich wiederkehrenden Kredit über 350'000 Franken und machte damit die Frühförderung zu einem festen Bestandteil des städtischen Angebots.